**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz
**Band:** 29 (1950)
**Heft:** 12

**Artikel:** Die Schweiz und Europa
**Autor:** Oprecht, Hans
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-336507

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 16.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

ROTE REVUE

29. Jahrgang Dezember 1950 Heft 12

HANS OPRECHT

# *Die Schweiz und Europa*

Die Neutralität als Grundsatz unserer Außenpolitik wird seit Ende des zweiten Weltkrieges nicht nur im Ausland, sondern auch in der bürgerlichen Presse und in sozialistischen Kreisen der Schweiz immer wieder zur Diskussion gestellt. Das scheint begreiflich, denn die außenpolitische Lage der Schweiz hängt immer stärker vom weltpolitischen Geschehen und von den Beziehungen der Schweiz zu den europäischen Ländern und vor allem von denen zu den Vereinigten Staaten und zu der UdSSR ab. Eine Artikelserie des Generalstabsmajors Rapp in der «Gazette de Lausanne» weckte im Inland insbesondere, aber auch in der ausländischen Presse ein unerfreuliches Echo. Der Chef des Politischen Departements sah sich deswegen auch veranlaßt, bei einer speziellen Gelegenheit grundsätzlich die Auffassungen des Bundesrates in der Frage der Neutraliät als Maxime unserer Außenpolitik zu bestätigen.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz diskutierte an ihrem Parteitag 1945 in Biel den Beitritt zur UNO, ohne allerdings in der Parteimitgliedschaft dafür volles Verständnis zu finden. In der Stellungnahme des Parteitages vom April 1948 zur außenpolitischen Lage der Schweiz erfolgte eine eindeutige Festlegung der Auffassungen der schweizerischen Sozialdemokratie zur Frage der Neutralitätspolitik: «Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz befindet sich in Uebereinstimmung mit dem Willen des Schweizervolkes und den Interessen des Landes, wenn sie eindeutig an der Unabhängigkeit und Selbständigkeit gegenüber jeder Blockpolitik — komme sie von Westen oder Osten — und an der schweizerischen Neutralität als staatspolitischer Maxime festhält», heißt es in den fast einstimmig gutgeheißenen Thesen der erwähnten Parteikundgebung.

Der Begriff der Neutralität als Maxime der schweizerischen Außenpolitik steht nicht eindeutig fest. Er unterliegt Schwankungen, wie sie die außen-

politische Lage in der Geschichte der Schweiz wiederholt hervorgerufen hat. Um nur Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit zu zitieren: 1921, als in der Volksabstimmung der Beitritt zum Völkerbund beschlossen wurde, haben die Bundesbehörden den Begriff der «*differenzierten Neutralität*» geprägt, 1938 den Begriff der «*integralen* und *absoluten Neutralität*».

Auch während des vergangenen zweiten Weltkrieges wurde immer wieder eine neue Interpretation des Begriffes der Neutralität notwendig, um eine Reihe von politischen Tatsachen mit der «Neutralitätspolitik» in Übereinstimmung bringen zu können. Seither, in der Nachkriegszeit, versucht der Chef des Politischen Departements, Bundesrat Petitpierre, mit dem Begriff der Neutralität den der Solidarität zu verbinden, womit von vorneherein eine wesentliche Einschränkung des Umfanges des Begriffs Neutralität vorgenommen wird. Man darf zurzeit, ohne auf Widerstand zu stoßen, feststellen, daß in der Gegenwart der Begriff der Neutralität vor allem militärisch gemeint ist, zum Teil allerdings auch politisch, während er auf wirtschaftlichem Gebiete nicht mehr gilt, dafür durch den Begriff der Solidarität ersetzt wurde. So erklärt sich, warum in der Nachkriegszeit, seit 1945, die Schweiz auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und sozialen Solidarität außenpolitisch immer stärker sich betätigt hat. Wir denken in erster Linie an die Gründung der «Europahilfe»; wir verweisen auf die großen Kredite, die in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg an Frankreich, England, Belgien, Holland und die nordischen Staaten bei Abschluß bilateraler Handelsverträge gewährt wurden; wir erinnern an den Beitritt der Schweiz zur «Europäischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit» (OEEC), Paris, und an den jüngsten Beschluß der eidgenössischen Räte, den Beitritt der Schweiz zur «Europäischen Zahlungsunion» betreffend. Von der Mitarbeit in den Nebenorganisationen der UNO ganz abgesehen: FAO, Weltgesundheitsorganisation, UNESCO usw.

Leider war es der Schweiz bisher nicht möglich, auch in die europäische Zusammenarbeit politisch sich einzugliedern. Im Europarat, Straßburg, ist die Klärung noch nicht so weit gediehen, daß die Schweiz sich zum Beitritt entschließen könnte oder dürfte. Die Frage wird aber in absehbarer Zeit für die Schweiz sich erneut stellen. Der Bescheid kann positiv ausfallen: wenn zwischen Europarat, Straßburg, und den Mächten des Atlantikpaktes eine eindeutige Grenzziehung erfolgt; denn die Schweiz kann und darf sich auf die Dauer politisch nicht isolieren; wirtschaftlich, wahrscheinlich sogar militärisch, könnte dies zu untragbaren Konsequenzen führen. Die Lage der Schweiz ist in dieser Beziehung heute schon nichts weniger als erfreulich. Das ergibt sich aus den Beschlüssen der OEEC, der Europäischen Zahlungs-

union und der Organisation des Atlantikpaktes in bezug auf die Planung und Verteilung der Rohstoffe an die westeuropäischen Länder. Wenn dabei immer mehr militärische Gesichtspunkte maßgebend werden sollten, so würde die Schweiz in eine heikle Lage versetzt. Sie muß deswegen, wo sie kann, mitmachen, gestützt auf den Grundsatz der Solidarität, als Konsequenz ihrer Außenpolitik. Sie muß allerdings ebenso konsequent jede militärische Verpflichtung aus einer europäischen Kooperation ablehnen. Wir wollen uns nicht in fremde Händel mischen. Wir wollen den Grundsatz der Neutralität als außenpolitische Maxime aufrechterhalten. Allerdings müssen wir darum als Folge dieser Haltung, einen wesentlichen Teil unseres Volkseinkommens für militärische Zwecke aufwenden. Die Kosten unserer militärischen Rüstungen müssen wir selber bezahlen. Wir können nicht auf den «guten Vetter in den USA» zählen. Das ergibt sich als Konsequenz unserer Neutralitätspolitik. Wir wollen eine modern bewaffnete, technisch auf der Höhe ihrer Aufgabe stehende Armee in den Dienst der Neutralitätspolitik stellen. Wir können darum einem unbedingt notwendigen Rüstungsprogramm gegenüber keinen Widerstand leisten. Aber: es scheint uns dabei ganz selbstverständlich zu sein, daß die Kosten solch eines Rüstungsprogrammes sofort gedeckt werden müssen. Die schweizerische Volkswirtschaft ist dazu durchaus in der Lage, in den nächsten 5 Jahren 1400 Millionen Franken zusätzlich für militärische Rüstungen aufzubringen. Es geht dabei lediglich darum, *wie* diese zusätzlichen Lasten verteilt werden sollen. Angesichts der neuen Konjunktur- und Kriegsgewinne darf das Wort nicht länger Geltung haben: «Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer». Das Gegenteil muß eintreten: Die Reichen sollen bezahlen!

Das Problem des Verhältnisses der Schweiz zu Europa wird sich für uns erst anders stellen, wenn Europa wieder eins geworden, wenn auch die Oststaaten wieder zu Europa gehören und nicht mehr durch einen «eisernen Vorhang» vom übrigen Europa getrennt leben werden. Gerade wir Sozialisten werden alles dafür einsetzen müssen, daß die Einigung auf solch allgemeiner Grundlage bald wieder erfolgt. Dadurch kann ein neuer Weltkrieg viel eher vermieden werden, als durch die gegenseitig ins Immense gesteigerten Aufrüstungen. Wenn eine Einigung Europas erfolgt, dann kann die Schweiz auch mit dem Problem des Beitritts zur UNO sich wieder beschäftigen.